

Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wiederjährl. Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vereine
Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine
(Vereins-Zentrale)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 15 Pfg., Familienanz. 10 Pfg.
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 71.

Berlin, Sonnabend, 7. September 1907.

Neununddreißigster Jahrgang

Inhalts-Verzeichnis.

Vorwärts! — Ein gefährliches Spiel. — Deutschland in Zahlen. — Das Lausium der deutschen Bauern. — Allgemeine Rundschau. — Gewerbetriebs-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Vorwärts!

manch jeht mit Eintritt der kühleren Jahreszeit, wo das Vereinsleben wieder stärker pulsiert, unsere Lösung lauten. Alle Kräfte zusammengefasst, an die Arbeit! Ohne Arbeit kein Segen, ohne Mühe kein Erfolg!

Der Presse gilt es

jeht in erster Linie. Unser Verbandsorgan muß viel tiefer in die Mitgliederkreise eindringen. Ein nach Tausenden zählender Stamm freiwilliger Abonnenten muß vorhanden sein, wenn es seine Aufgabe erfüllen soll, wenn unsere Ideen weitere Verbreitung finden sollen. Gerade jetzt aber ist die richtige Zeit zur Agitation für den „Gewerkverein“.

Die Abkommen; die man jetzt bei Eintritt des Winters nicht geminnt, bekommt man zu einer anderen Zeit überhaupt nicht.

Haben alle Verbandsmitglieder bisher für den „Gewerkverein“ ihre Schuldigkeit getan? Haben die Ortsvereine und Ortsvereine jede Gelegenheit benutzt, zum Abkommen auf den „Gewerkverein“ aufzufordern? Haben insbesondere auch die Verbandsräte...

Wenn in jedem Ortsverein ein energischer Kollege die Sache in die Hand nimmt, die Gelder einammelt und bei der Post den „Gewerkverein“ bestellt, ist der Bezug für ein Vierteljahr gesichert. Wer aber einmal Abkommen geworden ist, der wird später nicht auf ein Blatt verzichten, das ihn über...

alle Vorgänge in der Arbeiterbewegung sachlich unterrichtet und ihm stets Material zur Wehr gegenwärtige Angriffe an die Hand gibt.

Nur 65 Pfennige

und 18 Pfg. Bestellgeld kostet das Abonnement für das Quartal. Sollte es nicht innerhalb der Gesamtorganisation einige tausend Mitglieder geben, die über alle Vorformnisse informiert sein wollen und dieses kleine Opfer deshalb gern bringen? Sicherlich gibt es die; es gilt nur, sie heranzuholen.

Darum auf an die Werbestelle! Käuft die Zeit, es es zu spät wird!

ein gefährliches Spiel.

Ein gefährliches Spiel.

Der leichte Sieg, den die Besitzer der obersteilfischen Bergwerke vor einigen Wochen über die Arbeiter errungen haben, scheint den Herren gewaltig zu Kopfe gestiegen zu sein. Sie befinden sich offenbar in einem förmlichen Siegesrausch; denn anders läßt sich ihre Haltung den Arbeitern gegenüber nicht gut erklären. Wie wir bereits mitteilten, haben die Grubenbesitzer schwarze Listen herausgegeben, um diejenigen Arbeiter, die gewagt haben, gegen den Stachel zu lösen, ein für allemal unschädlich zu machen. Hunderte von fleißigen Arbeitern sollen während auf das Pfaster geworfen, an freiwilliger Arbeit gehindert und mit ihren Familien dem Hunger preisgegeben werden, weil sie den Versuch gemacht haben, bessere Lebensbedingungen zu erringen. Auf eine von den katholischen Arbeitervereinen an den Berg- und Hüttenmännischen Verein gerichtete Eingabe, in der um eine Aufhebung der Sperre ersucht wurde, fand man nur eine ausweichende Antwort. Gleichzeitig aber wurde mit aller Schöffheit zum Ausdruck gebracht, daß die Grubenmagnaten es ein für allemal ablehnen, mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen zu verhandeln. Es ist bereits von uns auf das Berkehrte und Gefährliche dieses Herrenhandpunktes hingewiesen worden, und auch in der Tagespresse hat man das Verhalten der Herren scharf verurteilt.

Es ist das derselbe Ton, der auch in den früheren Antwortschreiben des Berg- und Hüttenmännischen Vereins zu finden war. Es scheint also, als ob die Bergwerksleitungen in Obersteilfien eine Vereinbarung über ihr Verhalten den Arbeiterorganisationen gegenüber getroffen haben. Nur mit dem eigenen Arbeiter wird verhandelt; von der Anerkennung der Organisation, welche Nützlichkeits für auch vertritt, will man nichts wissen.

In einem wohlthunenden Gegenjah dazu steht das Verhalten der Arbeiter. Trotz des Antwortschreibens sind die Hohensteilfener noch mehr zusammengedrückt, haben von der Antwort Kenntnis genommen und den Arbeitersekretär Masfio beauftragt, ein neues Gesuch anzufertigen, das die Klagen zusammenfasst und durch eine noch zu wählende Kommission der Arbeiter dem Direktor überreicht werden soll.

Diese ruhige Haltung der Arbeiterschaft verdient die größte Anerkennung. Wer aber fürcht, daß überall die Arbeiterschaft und zu jeder Zeit eine solche Ruhe beobachtet? Zeigen nicht die Vorgänge in Antwerpen mit erschreckender Deutlichkeit, zu welchen Konsequenzen es führen muß, wenn rücksichtslos und eigenmächtig die Unternehmer auf ihrem Herrenhandpunkt verharren? Wir hoffen, so sind sehr überzeugt, daß derartige Vorkommnisse, wie sie sich in der großen belgischen Hafen- und Handelsstadt gegenwärtig ereignen, bei uns nicht eintreten werden. Trotzdem treiben die Herren Grubenbarone ein gewagtes Spiel. Wer nichts zu verlieren hat, der wagt leicht das Äußerste. Sollte die Arbeiterschaft, die in den obersteilfischen Arbeitern wachgerufen und stets und ständig verneuert wird, schließlich doch gewaltig zum Ausdruck kommen, so tragen die Verantwortung nicht die Arbeiter, sondern die Scharfmacher.

Deutschland in Zahlen.

Die Statistik führt selbstverständlich genau Buch auch über jedes Stück Rindvieh und über jedes Schwein usw. Die Viehzählungen haben unter anderem auch den Zweck, die Preisverwaltung darüber zu informieren, wieviel Fleisch für die Ernährung der ebenfalls in den Krieg ziehenden Soldaten vorhanden ist. Wir zählen nur die Exemplare...

während in Frankreich sogar das Gewicht der Rinder, Schafe und Schweine angegeben werden muß, um genau zu wissen, wieviel Kilo Fleisch für den Kriegsfall aufgebracht werden können.

Bei der deutschen Viehzählung am 1. Dezember 1904 wurden gezählt: 4 267 400 Pferde, 19 331 600 Stück Rindvieh, 7 907 200 Schafe und 14 920 700 Schweine. Auf 100 Einwohner kommen 7,1 Stück Pferde, 32,3 Stück Rindvieh, 13,2 Schafe und 31,6 Schweine. Anfang der sechziger Jahre vorigen Jahrhunderts kamen auf 100 Einwohner 8,4 Pferde, 39,2 Rindvieh, 7,8 Schafe, aber nur 16,9 Schweine. Der Viehbestand pro 100 Einwohner ist also bei Pferden, Rindvieh und Schafen, bei letzteren ganz ungeheuerlich zurückgegangen, während der Schweinebestand pro 100 Einwohner gegen die sechziger Jahre sich etwa verdoppelt hat. Der auffällige Rückgang der Zahl der Schafe von 73,3 pro 100 Einwohner auf 13,2 für dieselbe Zahl von Menschen hat mancherlei Ursachen. Einmal ist die Bodenbenutzung heute eine andere geworden, vor allem eine intensivere. Da bleibt meist kein Raum für Schafherden, und dann hat Deutschland nicht mehr den bedeutenden Export an Hammelfleisch, den es früher namentlich nach Frankreich hatte. Es ist jedenfalls kaum anzunehmen, daß die Bevölkerung Anfang der sechziger Jahre so viel mehr Fleisch gegessen hätte, wie die Differenz ausmacht.

In der Zeit vom 1. Dezember 1903 bis 30. November 1904 wurden im Hause oder Gehöft usw. geschlachtet, ohne daß den beherrschenden Vorschriften gemäß eine Schlachtvieh- und Fleischbeschau vorgenommen war: 171 221 Stück Rindvieh, darunter 81 860 Kühe unter 3 Monate alt, sodann 624 271 Schafe einschließlich Lämmer, ferner 5 933 124 Schweine einschließlich Ferkel und 734 151 Ziegen einschließlich Lämmer. Von dem Fleisch dieser Tiere darf, weil es nicht untersucht wurde, nichts in den Handel gebracht werden.

Die Schlachtvieh- und Fleischbeschau wurde vorgenommen im Jahre 1906 an 146 611 Pferden, 3 608 704 Stück Rindvieh (Kühen, Bullen, Kühe und Jungkühe über 3 Monate alt). Kühe bis 3 Monate alt wurden 4 208 248 geschlachtet und der Fleisch unterworfen, ferner 450 833 Ziegen und 6521 Hunde. Ferner wurden geschlachtet und untersucht 2 295 255 Schafe und 13 342 462 Schweine. Wenn jeder deutsche Einwohner den gleichen Anteil von geschlachteten Schweinefleisch bekommen hätte, so wäre im Jahre 1906 auf jeden ungefähr 1,5 Schwein entfallen.

Die neue Zählung über die Gewerbebetriebe und ihr Personal liegt in ihrem Resultate noch nicht vor. Wir müssen daher zurückgreifen auf die Zählung vom 14. Juni 1895. Nach dieser Zählung waren 3 144 977 Gewerbebetriebe vorhanden, in welchen zusammen 10 269 269 Personen beschäftigt waren. In den 2 934 723 Kleinbetrieben (mit 1-5 Personen) waren 4 770 669 Personen beschäftigt, in den 191 301 Mittelbetrieben (mit 6-50 Personen) waren 2 454 333 Personen beschäftigt und in den 18 953 Großbetrieben (mit 51 und mehr Personen) waren 3 044 267 Personen beschäftigt. Mit Rücksicht darauf, daß wir in Wäldern die neuen Ziffern zu erwarten haben, verzichten wir hier darauf, die Anzahl der in den einzelnen Berufen beschäftigten Personen näher anzugeben.

Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen, die der Gewerbeaufsicht unterliegen, gab es im Jahre 1905: 226 565, von welchen 75 921 Arbeiterinnen über 16 Jahre alt und 79 785 jugendliche Arbeiter beschäftigten. Die Zahl der in Fabriken und ähnlichen Anlagen beschäftigten erwachsenen männlichen Arbeiter betrug — hier ist immer das Jahr 1905 gemeint — 4 173 522.

Arbeiterinnen im Alter von 16-21 Jahren gab es 406 829, Arbeiterinnen über 21 Jahre 633 918. Dazu kommen noch in Braunschweig 870 Arbeiterinnen der Reinigungsindustrie, für welche die Altersstufen...

immer vorhanden sind. — Im Allgäu sind die Arbeiter und Arbeiterinnen in eine Lohnbewegung eingetreten.

Sozialdemokraten als Arbeitgeber. Wie wir neulich mitteilten, wurde der Tischlermeister Pege in Berlin aus dem sozialdemokratischen Wahlverein ausgeschlossen, weil er sich an der Aussperrung der Holzarbeiter beteiligt hatte. Der Ausschluß war um so bemerkenswerter, als P. der sozialdemokratischen Partei seit länger als 35 Jahren angehört hat und während des Sozialistengesetzes ausgewiesen war. Wir hatten an die Mitteilung die Bemerkung geknüpft, daß konsequenterweise überhaupt dann kein Arbeitgeber mehr der sozialdemokratischen Partei angehören könne, bezw. daß ein jeder Beschäftigter ausgeschlossen zu werden. Das könnte dann allerdings zu weiteren eigenartigen Folgen führen, denn es ist eine bekannte Tatsache, daß selbst unter den sozialdemokratischen Führern gar nicht wenige sich befinden, die ganz und gar nicht Arbeiter, Proletarier sind, sondern besitzende Kapitalisten, Klerge, Rechtsanwälte usw. Selbst Herr Bebel ist bekanntlich viele Jahre Arbeitgeber gewesen, also ein „Ausbeuter“. Dasselbe gilt von Herrn Singer, und selbst unter den Sozialdemokraten, die Arbeitnehmer sind, gibt es eine Reihe, die zugleich Angestellte, z. B. Diensthaken beschäftigen. Wenn da also wirklich die reinliche Scheidung vorgenommen werden sollte, würde die Zahl der wichtigsten Sozialdemokraten wahrnehmlich ganz erheblich zusammenschrumpfen. Wir möchten dabei erwähnen, daß nicht allein wir die Konsequenz gezogen haben, daß nach dem Ausschluß des Tischlermeisters Pege Arbeitgeber der sozialdemokratischen Partei nicht mehr zum angehören können, sondern daß auch ein Genosse Bege in der Versammlung, die den Ausschluß vollzog, bemerkte, daß es konsequent wäre, wenn Arbeitgeber einer sozialdemokratischen Organisation nicht angehören; denn der unvereinbare Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Arbeitgebern würde die letzteren früher oder später in Konflikt mit den sozialdemokratischen Anschauungen bringen. Es ist uns nicht zu Ohren gekommen, daß der „Vorwärts“ oder eine Parteizeitung gegen diese Forderung des Genossen Bege irgendwelche Einwendungen erhoben hätten. Sie müssen also Anerkennung und Billigung gefunden haben.

Eine recht platonische Liebe bringen die Konfessionen den sogenannten christlich-nationalen Arbeitern entgegen. Vor einiger Zeit hatte der „nationale Arbeiterwahlschuß“ einen Aufruf erlassen, in dem er mit Rücksicht auf die bevorstehende Landtagswahl in Preußen seine Anhänger ersuchte, die Parteien nachdrücklich aufzufordern, eine Anzahl „national-gesinnter“ Arbeiter als Kandidaten aufzustellen. Die Forderung hatte in konservativen Kreisen Anklang gefunden. Selbst die „Kreuztg.“ hatte nichts dagegen einzuwenden. Jetzt hat aber das Organ jenes nationalen Arbeiterwahlschußes, „Die Arbeit“, erklärt, es wolle keinen Zweifel darüber lassen, daß es durchaus auf dem Boden des Reichstags wahrheitsfähr den preussischen Landtag siehe. Das geht natürlich der „Kreuztg.“ wider den Strich, und kurz und bündig erklärt sie:

„Mit dieser Erklärung verringert sich die Zahl derjenigen Parteien, die mit Rücksicht auf Erfolg um die Auffstellung von organisierten Arbeitern nationaler Richtung angegangen werden können, ganz erheblich.“
Das heißt mit anderen Worten: Die konservative Partei wird ganz bestimmt von der Auffstellung solcher Arbeiterkandidaten absehen. Umwas anderes war nicht zu erwarten. Wie werden denn auch die Konservativen ihre Hand reichen zur Befestigung eines Wahlrechts, durch das allein die Vorherrschaft der Junkerpartei in Preußen erhalten bleiben kann? Soweit geht ihre Liebe zu den Arbeitern denn doch nicht.

Verdächtige „schwarze Listen“. Wie rücksichtslos, ja brutal von den Arbeitgeberverbänden das System der „schwarzen Listen“ gehandhabt wird, zeigt folgender Brief, der in der vorliegenden Nummer der „Arbeiterzeitung“ in besonderer Umrahmung veröffentlicht wurde:

Deutscher Arbeiterverband für das Baugewerbe zu Köln a. Rh. u. Umgegend in Köln (E. B.)
Geschäftsstelle: Ruffinsstraße 18.
Infolge der von den Arbeitgeberverbänden in Köln, Berlin, Breslau usw. gemachten Mitteilungen, daß in Köln eine Anzahl Arbeiter aus diesen Orten, die sich im Lohnkampf befinden, beschäftigt würden, hat der Arbeiterverband für das Baugewerbe zu Köln eine persönliche Revision der Lohnlisten bezw. der Invalidentaten bei seinen Mitgliedern durch den Geschäftsführer vornehmen lassen, die über 8 Tage in Anspruch nahm. Es wüßte leider konstatiert werden, daß 7 kreisfremde Arbeiter in Köln eingestellt worden waren, die aber nach der Revision sofort zur Entlassung kamen. Mit Rücksicht hierauf möchten wir empfehlen, an allen Orten derartige persönliche Revisionen vornehmen zu lassen, da hierdurch den Ausländern es immer mehr und mehr erschwert wird, anderswo in Arbeit zu kommen.
Der Vorstand.

Die Herren können wirklich noch Glück sagen, daß die Zuchttaubvorlage nicht Gesetz geworden ist. Sonst müßte mancher Unternehmer hinter schwedischen Gardinen sitzen, weil er andere an freiwilliger Arbeit hindert. Aber auch ohne Zuchttaubvorlage wäre hier für den Staatsanwalt Anlaß genug gegeben, um auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung vorzugehen.

Das Koalitionsrecht der Beamten. Die Angehörigen der württembergischen Bodenverbauungsgesellschaft haben kürzlich eine öffentliche Versammlung abgehalten und eine Beschwerde gegen den Dampfmaschinen-Inspektor beim württembergischen Verkehrsministerium eingereicht. In dem darauf erteilten Bescheid wird u. a. gesagt:

„Das Verhältnis des Beamten zu seinem Vorgesetzten ist eine die Person des einzelnen Beamten betreffende Dienstangelegenheit. Glaubt ein Beamter Anlaß zur Beschwerde über einen Vorgesetzten zu haben, so steht ihm frei, sie auf dem vorgeschriebenen Wege einzubringen. Die Einbringung einer solchen Beschwerde durch einen Beamten ist aber durch eine Abweisung eines solchen in Württemberg unzulässig und verboten. Wenn sich in Zukunft ein Beamter dieses verbotenen Weges bedient, ist gegen ihn disziplinarisch einzuschreiten. Auch sind gegen einen Beamtenverein, der künftig gegen diesen Grundsatze verstößt, die geeigneten Maßregeln zu ergreifen.“

Das heißt mit anderen Worten, daß in Württemberg ebenso wie in den anderen größeren deutschen Bundesstaaten ein Koalitionsrecht der Beamten nicht existiert.

Ein eigenartiger Streik droht auf der bayerischen Hochebene auszubrechen. Die daselbst zahlreich umherziehenden Schäfer sind mit ihrer wirtschaftlichen Lage nicht mehr zufrieden und haben in München eine Versammlung abgehalten, um den Herdenbesitzern ihre Forderungen vorzulegen, die in einem Wochenlohn von 9 Mark, 2 Mark täglichen Verpflegungsgeldern und 20 Bfg. Trinkgeld für jedes verkaufte Schaf bestehen. Dergleichen die Forderungen keineswegs hoch gegriffen sind, wurden sie von den Schäferbesitzern rundweg abgelehnt, weil die Schäfer den höheren Lohn doch nur verdienen würden. Wenn sie wollten, sollten sie nur ruhig freizeiten; mit der Organisation werde man sich gar nicht einlassen, sondern nur mit den einzelnen Leuten verhandeln. Die Situation ist dadurch eine recht gespannte, und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir demnächst in Deutschland den ersten Schäferstreik haben.

Ein interessanter Beitrag zu den Ursachen der Landflucht und der Leutenot liefert eine Verhandlung gegen zwei politische Arbeiter und drei Arbeiterinnen vor dem Schöffengericht in Halle. Dieselben hatten wegen Kontraktbruchs Strafmandate über je 15 Mk. erhalten und richterliche Entscheidung beantragt. Vor dem Gerichte erklärte der eine Angeklagte, daß er wegen menschenunwürdiger Zustände berechtigt gewesen sei, den Dienst zu verlassen, da der Wohn- und Schlafraum, in welchem in zwei Betten er, seine Ehefrau und zwei junge Mädchen, die drei weiblichen Angeklagten, schliefen, außerordentlich beengt gewesen sei und sich in einem derartigen Zustande befunden hätte, daß es jeder Beschreibung spottet. Da der klagende Gutbesitzer diese Verhältnisse ablegnete, wurde eine Inaugensichtnahme vorgenommen, über deren Ergebnis das Protokoll u. a. folgendes besagt:

„Der Raum, in dem das Ehepaar und zwei junge Mädchen in zwei Betten schliefen, war sehr beengt. Ein Fensterflügel war ausgebrochen, die Schellen waren zertrümmert und die Deckungen waren mit Spinnweben bedeckt. In dem Zimmer, das nur ein Fenster hatte, war schlechte Luft. Von der Decke waren Kaltschüden heruntergefallen. In dem Dachraum, in dem der andere Arbeiter schlief, befanden sich faulstankige Deckungen. Ein Zugangstür hatte der Raum nicht. Es besteht Feuergefahr. Der Raum war sehr schmutzig, gesundheitswidrig und der dort wohnende Arbeiter sei dem Staub und Wetter ausgesetzt gewesen.“

Die Folge war, daß sämtliche Angeklagte freigesprochen und dem Gutbesitzer sämtliche Kosten, auch die notwendigen Auslagen der Angeklagten, auferlegt wurden. Nicht die Angeklagten, so hieß es in der Urteilsbegründung, sondern der Gutsherr habe sich strafbar gemacht, weil er Arbeiterinnen und Arbeiterinnen polizei- und gesundheitswidrige Schlafstätten angeordnet habe. Das Schlafen in dem Dachraum sei gesetzlich keineswegs zulässig gewesen, und unstatlich sei es, Ehepaare und junge Mädchen gemeinschaftlich in einem Räume schlafen zu lassen.

Solche Zustände, wie sie hier gerichtsnotorisch festgestellt sind, finden sich vielfach auf dem Lande. Daß sie nicht geigneter sind, die Arbeiter zu fesseln, ist klar. Die Klagen der Leutenot aber werden nicht eher verstummen, als bis diese menschenunwürdigen Verhältnisse beseitigt sind.

Die Berliner Gewerkschaftler schlagen, hat der Schulrat Dr. Bernhard während einer dreijährigen

Tätigkeit im Zentrum der Stadt an 6551 Kindern untersucht. Das Beobachtungsmaterial stammte nicht nur aus dem kleinen Kaufmanns-, Beamten- und Handwerkerstande, sowie aus den Arbeiterfamilien, sondern auch aus den allerärmsten Schichten der Bevölkerung, den Almosenempfängern, Gelegenheitsarbeitern, Eheverlassenen usw. Dr. Bernhard kommt zu dem Resultat, daß in überaus vielen Fällen die Berliner Schulkinder zu wenig Schlaf haben. Die Folgen davon sind häufig vorkommende Nervosität und Blutarmut. Schuld daran ist zum Teil der Unersand der Eltern, vor allem aber soziale Momente, wie Mithelfen bei der Heimarbeit, Straßenhandel, Anträgen von Zeitungen und Waren. Ferner wird der Schlaf der Kinder beeinträchtigt, wenn sie in engen, ungenügenden Räumen liegen und kein eigenes Bett haben. Die überwiegende Mehrzahl der zur Untersuchung herangezogenen Kinder schlief in Räumen mit 3 und 4 Personen zusammen; die Höchstzahl waren 9 Personen in einem Zimmer. Nur ein Drittel der Kinder hatte ein Bett für sich, 63,5 pCt. schliefen zu 2, die übrigen sogar zu 3 und 4 in einem Bett. Als Mittel zur Besserung empfiehlt Dr. Bernhard in erster Linie Aufräumung der Eltern. Die Kinder nur allzu oft zu beobachten Gewohnheit, die Kinder bis spät in die Nacht hinein zu Bergeln und in die Kneipen mitzunehmen, muß scharf gerügt werden. Ferner müssen die Eltern auf die schlafschädigenden Einwirkungen aufregender Genussmittel, wie Alkohol, Kaffee, Tee usw., hingewiesen werden. Not tut auch eine Kontrolle der Vektüre. Der Verbreitung wertloser, aufregender, das Nervensystem deshalb schwer schädigender Blätter muß entgegengetreten werden. Empfohlen wird weiter, daß der Schulanfang im Sommer auf 8 Uhr, im Winter auf 9 Uhr verlegt wird. Das wünschenswerte aber wird auch hier sein, die Beschaffung billiger und gesunder Wohnungen auch für die unbemittelten Schichten der Bevölkerung.

Soldaten als Erntearbeiter. Welches große Entgegenkommen den Agrarern seitens der Behörden gezeigt wird, das beweist am besten die gerade in diesem Jahre besonders starke Heranziehung von Soldaten zur Erntearbeit in den östlichen Provinzen. Die „Eingiber Ztg.“ hat berechnet, daß im August d. J. vom 1. ostpreussischen Armeekorps rund 7000 Mann, d. h. also mehr als ein Drittel des gesamten Mannschafbestandes zu Erntearbeiten beurlaubt sind. Nach Vertagung des Wanders sollen vom Generalkommando außerdem die einzelnen Regimenter angewiesen werden, sein, den Ernteeurlaub entsprechend zu verlängern. Trotz alledem beklagen sich die Herren Großgrundbesitzer stets und häufig über Zurücksetzung der Landwirtschaft.

Gewerkschaften - Teil

§ 141b. Auch am hiesigen Orte fangen jetzt die „Genossen“ an, ihren Feldmann zu betätigen. In der Tischlerei der Glaserischen Maschinenfabrik waren 10 im Gewerkschaften der Arbeiter organisiert. Das war ein „Genosse“ in der Schloßerei ein Dorf im Auge. Sie traten in den deutschen Metallarbeiterverband ein und versuchten, auch noch andere, darunter 2 minderjährige Kruppinger herüberzuführen. Auch einer unserer Kollegen, ein junger Mann, folgte den Lockungen und trat über. Gleichzeitig verzelebte sich dieser junge Mann, der etwas vorkam, mit seinen früheren Vereinstgenossen. Diese Gelegenheit benutzten die Zellewächter, indem sie ihn zum Meister und sogar zum Chef schickten und Beschwerde führten, daß die Gewerkschafter ihn schikanieren. Als dieser Schwandel keinen Erfolg hatte, wurden unsere Kollegen mehr als je belästigt, wobei sich namentlich ein „Genosse“ Binder besonders anzuschickte. Als dann später das Gewerkschaftsamt ein Gutachten veranlaßte, da wurde auf die Frage, ob der Gewerkschaftsamt über die Gewerkschaft der Betanfaller sei, die Antwort erteilt, Gewerkschaft und Gewerkschafter seien ja gleich. Um jedoch keine falsche Meinung aufkommen zu lassen, teilte ich dem Amtsvorstand mit, daß nicht die Gewerkschaft, sondern die Gewerkschaften die Arrangure des Betriebes seien. Erhöft darüber sammelten sich die Herren in unserer Werkstatt Unterschriften und unterzeichneten die Liste dem Chef, mit der Forderung, daß ich und ein Kollege 2 entlassen werden müßten, widrigenfalls sie alle die Arbeit niederlegen. Aber auch das wüßte nicht, und so nahmen unsere edlen Arbeitsbrüder ihre Zuflucht zur „Metallarbeiterzeitung“. In der Nummer 34 derselben werden wir als Schmarotzer und Schnapstrinker hingestellt und die Zustände in der Fabrik in der schlimmsten Weise dargestellt. Die Risikets seien unsauber und viele Zellewächter jagen es vor, diesen Ort zu meiden, sogleich ihn die „Gircke“ mit allen möglichen Instruktionen besetzt hätten. Auch die Behandlung seitens des Reichers lasse viel zu wünschen übrig. Und zum Schluß heißt es dann: „Hoffentlich werden diese Zellen Abhilfe schaffen“. Was den Vorwurf betrifft, wir seien Schmarotzer und Schnapstrinker, so fällt dieser auf die „Genossen“ selbst zurück, die überhaupt unter arbeitsfähigen Menschen nicht verstehen können. Was die Risikets anbetrifft, so sind die ersten Besuche die „Rothwacht“-Besetzer. Es ist dies auch der Ort, wo der oben erwähnte „Genosse“ B. einem Zellewächter eine Schokolade mit Menschenkot an den Kopf warf, und wo bis dahin am eifrigsten Politik getrieben wurde. Was die Behandlung

nicht getrennt sind, so daß die Zahl der über 16 Jahre alten in Fabriken beschäftigten Arbeiterinnen im ganzen 1041626 betrug.

Junge Leute von 14-16 Jahren waren im ganzen 382264 beschäftigt, davon waren 246591 männlichen und 135673 weiblichen Geschlechts. Kinder unter 14 Jahren wurden noch 10245 in Fabriken und ähnlichen Anlagen beschäftigt.

Die amtliche Statistik gibt auch Auskunft über die Zahl der Streiks. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieses Gegenstandes möchten wir die letzten 6 Jahre in Vergleich stellen, um die große Vermehrung der Streiks darzutun.

Jahr	Zahl der Streiks	Davon beendet	Zahl der betroffenen Betriebe	Zahl der bei Streiks in den betreffenden Betrieben beschäftigten Personen
1901	1071	1056	4 561	141 220
1902	1084	1040	8 437	131 086
1903	1405	1374	7 000	198 696
1904	1908	1870	10 321	273 864
1905	2448	2408	14 481	776 984
1906	3378	3328	16 246	686 589

Jahr	Höchste Zahl der während der Dauer des Streiks gleichzeitigen betroffenen Personen		Die Anordnungen betrafen... mal			Die Streikenden hatten		
	gleichzeitig betroffenen Personen	gegangenen Personen	den Anordnungen betrafen	die Anordnungen betrafen	andere Gegenstände	Wahl	teilweise	keinen Erfolg
1901	55 262	7 420	868	249	586	200	286	671
1902	58 912	6 272	796	222	564	228	285	597
1903	86 608	18 811	1247	272	925	300	444	630
1904	118 490	6 788	1779	614	1859	449	688	738
1905	408 145	12 015	2451	849	1744	528	975	904
1906	272 218	24 488	3886	1284	2901	618	1498	1217

Ausperrungen haben im Jahre 1906: 305 stattgefunden, von denen innerhalb des Jahres 298 beendet wurden. Von diesen 298 Ausperrungen wurden 2780 Betriebe betroffen, in denen 152 449 Arbeiter beschäftigt wurden.

Es wäre wünschenswert, wenn das Kaiserliche Statistische Amt aus darüber Daten sammeln wollte, wieviel Arbeitsstage der gesamten Volkswirtschaft durch Streiks bzw. durch die Ausperrungen verloren gehen.

Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker

beröffentlich seinen Geschäftsbericht für 1906/1907. Dieser Bericht ist insofern ganz besonders interessant, als er eine Übersicht gibt über die in der abgelaufenen Geschäftsperiode glücklich durchgeführte Erneuerung des Tarifs.

Der Bericht nimmt auch Stellung zu der Kritik, die der § 4 des Tarifs, der den Organisationszwang zugunsten des Verbandes der deutschen Buchdrucker statuiert, erfahren hat. Auch wir haben diesen Organisationszwang verurteilt, denn er ist eine unerhörte Vergewaltigung der persönlichen Freiheit der Arbeiter.

Das Bestreben unserer Gegner aber geht darauf hinaus, die in dem Gedanken der Tarifgemeinschaft wuzelnde Gleichberechtigung der Prinzipale und Gehilfen am Arbeitsvertrage zu zerstören, und deshalb benagen sie den Organisationsvertrag, um aus demselben das Werkzeug heranzuführen, um die größten Gefahren für das gewerbliche Leben zu beseitigen.

Von dem unferzeit bis jetzt beschrittenen Wege abzuweichen, liegt aber weder der Wille, noch eine Notwendigkeit vor. Alle Momente, die hierfür maßgebend waren, sind restlos vorgegriffen worden, und sie sind lediglich entzerrungen dem guten und festen Willen, das Gewerbe und seine Angehörigen unter Beachtung aller gesetzlichen Bestimmungen materiell und ideell vorwärts zu bringen.

Vertrag abgeschlossen haben, steht der Koalitionsfreiheit nicht im Wege, denn wir haben nichts dagegen, wenn sich unsere Gegner in Prinzipale und Gehilfenkreisen ebenso fest zu einem andern lautenden Vertrage verbinden. Auch hat der Tarifausschuß erst im April d. J., und zwar wiederholt, anerkannt, daß auch andere Organisationsformen in diese Vertragsgemeinschaft aufgenommen werden können, sofern sie der als Bedingung gekelten Neutralität in politischen und relationalen Dingen entsprechen und ihre Tariftreue nachweisen können.

Wir sind Gegner des Organisationszwanges, aber nicht aus dem Grunde, den der Bericht anführt. Unsere Gewerkschaften waren in Deutschland die ersten Arbeiterorganisationen, die das Postulat der Tarifverträge aufgestellt haben und sie hielten daran fest bis auf den heutigen Tag. Wir denken also am wenigsten daran, den Gedanken der Gleichberechtigung von Prinzipalen und Gehilfen am Arbeitsvertrage zu zerstören. Wir können die Berechtigung dieses Vorwurfs überhaupt nicht anerkennen.

Wenn man den oben zitierten Schlußatz, daß der Tarifausschuß anerkannt habe, auch andere Organisationen könnten der Tarifgemeinschaft beitreten, die in politischen und religiösen Dingen neutral seien und ihre Tariftreue beweisen könnten, für bare Münze nehmen darf, dann kann der Aufnahmevertrag des Gewerkschafts nicht im Wege stehen. Diesen Bedingungen entspricht unser Gewerkschaft nach jeder Richtung und in vollem Maße.

Allgemeine Rundschau

Freitag, 6. September 1907.

In der gestrigen Zentralratssitzung wurde die Frage der Anstellung eines Agitationsbeamten für das Saarrevier endgültig erledigt. Die Wahl fiel auf den Kollegen Karl Wegler-Magdeburg, der daselbst bereits mehrere Jahre als Lokalbeamter des Gewerkschafts der Maschinenbauer tätig gewesen ist. Wir sind der Überzeugung, daß Kollege Wegler für den Posten im Saargebiet sehr geeignet ist und daß er auch dort im Dienste unserer Organisation seine Schuldigkeit tun wird.

Von unserem Kollegen, dem Vorkämpfer der Arbeiter Goldschmidt, ist folgender Antrag zum Parteitag der Preussischen Volkspartei, der nächste Woche in Berlin stattfindet, eingebracht worden:

Der Parteitag der Preussischen Volkspartei zu Berlin beschließt den Beschluß des hamburger Kartellrates von 1902 und erläßt sich nach wie vor entschieden gegen jedes Ausnahmeverfahren in Bezug auf die Arbeiterverhältnisse. Die Partei tritt ein für die Sicherung und Verallgemeinerung der Koalitionsfreiheit, für Aufrechterhaltung der Koalitionsfreiheit unter Herabsetzung der Personaltarife auf den Eisenbahnen und Befestigung der Fahrkartentarife mindestens für die dritte Wagenklasse. Die Partei erstrebt unter Aufhebung veralteter Gewerbeordnungen zeitgemäße Rechtsverhältnisse für die in Haus- und Landwirtschaft beschäftigten Personen. Sie erkennt in den Arbeitnehmerverbänden (Gewerkschaften usw.) eine ebenso berechtignte Interessenvertretung wie in den Arbeitgeberorganisationen; sie verlangt gesetzliche Anerkennung aller Berufsvereine in einer den modernen Verhältnissen angemessenen Form. Die Partei tritt ein für den Ausbau der Arbeiterkassenorganisation, insbesondere zur Abwehr gesundheitsschädlicher Anforderungen an die Arbeitskraft von weiblichen Personen, jugendlichen Arbeitern und Kindern; sie wird daher auch für die Herabsetzung des Maximalarbeitstages für weibliche Personen auf 10 Stunden eintreten, wie für eine moderne Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Heimindustrie. Sie unterstützt die Befestigung der öffentlichen Betriebe vor sozialen Ruferhalten. Die Partei bekämpft jede Schmälerung in der Stellung der freien Hilfskräften und wird auch fernherhin bemüht sein, die Ermüdung der Hilfskräfte auf dem Wege der Vereinfachung zu fördern. Die Partei tritt ein für eine Reform der Unfall- und Invalidenversicherung und ihre Ausdehnung auf weitere Kreise technischer und kaufmännischer Angestellter. Die Partei bekämpft die Befreiung von weitaus der Lebensmittel und anderer Gegenstände des Massenverbrauchs durch Zölle und Steuern.

Die neue Gewerbeordnung, die dem Bundesrat vorliegt und den Reichstag jedenfalls gleich nach Wiederaufnahme der Arbeiten beschäftigen wird, enthält außer den von uns bereits mitgeteilten Neuerungen auch die Bestimmung, daß von den Gewerbeunternehmern zur Sicherung des Vertragsbruchs auch den Betriebsbeamten, Wertmeistern und Technikern gegenüber Löhne nicht in größeren Beträgen einbehalten werden dürfen, als dies den Handlungsgehilfen gegenüber statthaft ist. Auch § 119a der Gewerbeordnung dürfte bei diesen die Lohninhalte bei den einzelnen Lohnzahlungen ein Viertel des üblichen

Lohnes und im Gesamtbetrage die Höhe eines durchschnittlichen Wochenlohnes nicht übersteigen.

Der diesjährige Parteitag des Centrums oder die 54. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, wie er offiziell genannt wird, hat in der vergangenen Woche in Würzburg stattgefunden. Man beschäftigte sich neben vielen anderen Fragen daselbst auch mit der Sozialpolitik und schloß verschiedene aktuelle Beschlüsse. Die Tarifverträge wurden als vorteilhaft für Arbeitgeber und Arbeitnehmer hingestellt. Es heißt in der beschließenden Resolution: Erstrebt wird 1. Der Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen, in denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Vereinbarungen zwischen den Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber auf längere Dauer einheitlich geregelt werden. Bei der wachsenden Bedeutung dieser Tarifverträge erscheint es geboten, den in dieser Art geregelten Arbeitsverträgen einen besseren rechtlichen Schutz zu gewähren als bisher. 2. Errichtung von paritätischen Arbeitsämtern, verbunden mit Schiedsgerichten und Einigungsämtern zur Verminderung und Schlichtung von Streiks und Aussperrungen. Bezüglich der Arbeitsausstöße wurde den Unternehmern wie Arbeitern empfohlen, in größeren Betrieben Arbeiterausstöße mit nicht eng bemessenen Befugnissen einzurichten. Es wurde weiter auf die Notwendigkeit der gesetzlichen Reformen hingewiesen, die verschiedenen Zweige des Privatbeamtenstandes betreffen und insbesondere die Einführung einer reichsgesetzlichen Pensionsversicherung der Privatbeamten als notwendig hingestellt. Auch zu der Frage der Heimarbeit wurde Stellung genommen und bedauert, daß der von der Regierung schon wiederholt versprochene gesetzliche Schutz der Heimarbeiter noch fast gar nicht verwirklicht ist. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß bald ein entsprechendes Gesetz dem Reichstage vorgelegt werden würde. Ausführlich wurden aber auch die auf Selbsthilfe der Heimarbeiterschaft abzielenden beruflichen Organisationen für wichtig erachtet und ihre Unterstützung nach Kräften befürwortet.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Konfektionsarbeiter in Stettin ist beendet, nachdem zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Einigung herbeigeführt werden konnte. In Hamburg-Altona dauert der Streik der Elektroarbeiter fort. Eine wesentliche Besserung in der Lage ist nicht zu verzeichnen. Die Böttcher in Lübeck haben die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer die Befreiung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden nicht bewilligen wollten. In Berlin und Umgebung sind die Warmwasserarbeiter in den Streik getreten. Einige Firmen haben die Forderungen der Ausständigen bewilligt. Die Lohnbewegung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen von Gießen und Umgebung dauert fort, wenn auch die Arbeiter jetzt so tun, als wenn der Streik und die Ausperrung beendet wären. Sämtliche Arbeiter der Harger Spielwarenfabrik „Waldau“ in der Nähe von Goslar haben gekündigt, da die Firma sich weigert, den Hilfs- und Maschinenarbeitern eine Aufbesserung der Löhne, die jetzt 20 bis 26 Pf. die Stunde betragen, zu bewilligen. Eine Bewegung der Bergarbeiter im Nieder-Rheinischer Braunkohlenrevier ist im Gange. Am vergangenen Montag ist auf verschiedenen Gruben die Kündigung eingereicht worden. Es handelt sich im wesentlichen um die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden und entsprechende Erhöhung der Löhne. Auf der Hede „Germania“ bei Dortmund sind die Kohlarbeiter in den Ausstand getreten, weil ihnen eine Erhöhung des Schichtlohnes um etwa 10 Pct., sowie die Gewährung eines Raumes, in dem sie die Maschinen einnehmen können, verweigert wurde. Die Hilfsarbeiter haben sich ihnen angeschlossen. In Augsburg, Memmingen und Donauwörth befinden sich die Brauer und Brauereihilfsarbeiter im Streik.

In der Saazer Drahtstofffabrik ist es zu Differenzen gekommen. Nachdem die Firma die Herabsetzung der 11 stündigen Arbeitszeit auf 10 Stunden bewilligt hatte, sind die Arbeiter mit neuen Forderungen an sie herantreten, von denen aber nur einige bewilligt wurden. Infolgedessen sind sämtliche Arbeiter, etwa 200, in den Ausstand getreten. Die Bewegung der Tischler von Kopenhagen wird voraussichtlich weitere Folgen haben, da die Bautischler einen Vermittlungsvorschlag angenommen haben, der früher schon vom Arbeitgeberverband für unannehmbar erklärt worden ist. In Antwerpen ist die Situation in den letzten Tagen noch wesentlich verschärft worden. Die Arbeitgeberorganisation will unter keinen Umständen auch nur die geringsten Zugeständnisse machen, was die Erbitterung der Arbeiter noch erhöht hat. Die herangeholten Arbeitswilligen reisen zum Teil wieder ab. In der Nähe des Hafens ist es zu schweren Ausschreitungen gekommen. Wegen wurden in das Wasser geworfen und selbst vor Brandstiftung ist man nicht zurückgeschreckt, die allerdings wohl auf das Konto der radikalsten Elemente gesetzt werden müssen, die bei dergleichen Ereignissen leider